

# Was meinen Sie zur Erhöhung der Familienzulagen?

Am Montag stellte die FBP ihre neue Gesetzesinitiative vor. **Die Partei möchte, dass die Familienzulagen der Teuerung angepasst werden – so wie die AHV-Renten.** Denn gerade Alleinerziehende sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Finanziert werden soll dies über die Familienausgleichskasse. Für diese würde die Umsetzung der Initiative eine Mehrbelastung von 4,5 Mio. Franken bedeuten. Jedoch verfügt sie über einen strukturellen Überschuss von 14 bis 15 Mio. Franken.

«Wir sichern den Familien unsere volle Unterstützung zu»

**Manfred Kaufmann**

Landtagsabgeordneter der Vaterländischen Union (VU)

Grundsätzlich befürworte ich eine teuerungsbedingte Anpassung der Familienzulagen sehr. Das ist fair und steht den Familien zu, zumal die Lebenshaltungskosten teurer wurden und seit 2007 keine Anpassung erfolgte. Bei der Erhöhung der AHV-Rente wurde deshalb auch die Initiative von Johannes Kaiser und mir eingebracht. Im November-Landtag 2022 wurde die Beantwortung eines VU-Postulats behandelt. Darin sahen wir genau diese Erhöhung der Kinderzulage vor. Der Gesellschaftsminister (FBP) bemerkte jedoch: «... bei dieser Entscheidung sollte zuerst die künftige Finanzierung der erweiterten Elternzeit abgewartet werden.» Der FBP-Fraktionssprecher, welcher die Initiative letzte Woche vorstellte, sagte noch im November-Landtag zur Erhöhung der Familienzulage: «Darum müssen wir zuerst das Elternzeit-



konzept abschliessen und erst dann macht es Sinn, sich Fragen zur Anpassung weiterer Elemente zu stellen. Wenn alle die FAK als Geldquelle nutzen wollen, dann geht das am Ende nicht auf.» Verständlicherweise überrascht mich der von der FBP gewählte Zeitpunkt, zumal die Elternzeit-Finanzierung noch nicht geklärt ist und vonseiten der AHV-Stelle auch zu lesen war, dass es ab zehn Millionen Franken kritisch wird. Wie ich im November angekündigt hatte, hätten wir für die Erhöhung der Kinderzulage nach der Festlegung der Finanzierung einen Vorstoss eingereicht, aber mit klarer Strategie und nicht bloss mit Effekthascherei. Schlussendlich geht es um unsere Familien und denen sichern wir von der VU – wie bei anderen Themen (Erhöhung steuerlicher Kinderabzug) – unsere volle Unterstützung zu!





## «Eine Erhöhung der Familienzulagen könnte gefährdet sein, wenn auch der Vaterschaftsurlaub allein aus der FAK finanziert werden soll»

**Erich Hasler**

Stv. Landtagsabgeordneter der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Gerade Familien und Alleinerziehende spüren die Inflation, die Erhöhung der Heizkosten, der Mieten, der Krankenkassenprämien und Lebensmittel besonders. Da die Kinderzulagen, Geburtszulage und die Alleinerziehendenzulage das letzte Mal im Jahr 2007 angehoben wurden, ist eine Erhöhung angezeigt, zumal die Familienausgleichskasse auf gesunden Füßen steht und dies finanziell gut verkraften kann. Ein wichtiges Argument für die Erhöhung der Familienzulagen ist auch, dass alle Familien gleich behandelt werden, weil Selbst- und Fremdbetreuung gleichermaßen unterstützt werden. Neuerdings gibt es aber noch ein Problem mit der EU-Verordnung 883/2004. Bei österreichischen Grenzgängern, wo ein Elternteil in der Schweiz oder Liechtenstein arbeitet und ein Elternteil erwerbslos ist, streicht der österreichische Staat das Betreuungsgeld für diese Familien und kassiert so indirekt unsere Familienzula-



gen. Eine Erhöhung der Familienzulagen könnte gefährdet sein, wenn, wie die Regierung es vorgeschlagen hat, auch der Vaterschaftsurlaub allein aus der FAK finanziert werden soll. Um den Spielraum für Erhöhungen der Familienzulagen beizubehalten, hat die DpL vorgeschlagen, sowohl den Vaterschafts-, Mutterschafts- und Elternurlaub aus einem separaten Topf heraus zu finanzieren. Dieser Topf wäre zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu alimentieren. Der Vorteil dieser Lösung ist, dass Betriebe, die mehr weibliche Angestellte haben, nicht länger diskriminiert werden. Denn nach dem jetzigen Modell wird der Mutterschaftsurlaub aus der Krankentaggeldversicherung des Betriebs finanziert. Dies führt dazu, dass kleinere Betriebe lieber keine Frauen im gebärfähigen Alter einstellen, da dies zu grossen Belastungen führen kann, wenn diese schwanger werden.

## «Nach den Rentnern nun die Familien»

**Bettina Petzold-Mähr**

Landtagsabgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Natürlich finde ich diese Initiative gut, sonst hätte ich sie nicht unterzeichnet. Für die FBP als Familienpartei sind Familie und Familienförderung von zentralster Bedeutung. Die Förderung der Familien und allem die Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele der Politik der FBP.

Im letzten Jahr wurden die AHV-Renten der Teuerung angepasst. Möchte man konsequent sein und



die Familien und Rentnerinnen und Rentner gleich behandeln, sind auch die Familienzulagen der Teuerung anzupassen. Die FAK hat einen hohen jährlichen Überschuss, womit die hier entstehenden Kosten gut gedeckt werden können. Dieser Vorstoss steht der Diskussion der Elternzeit nicht im Weg. Die FAK steht finanziell auf gesunden Beinen und die Erhöhung der Kinderzulage, Geburtszulage und Alleinerziehendenzulage ist sinnvoll, vertretbar und finanzierbar.